

27. Juni 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/113

Bonn, den 16. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeichen</u>
1	<u>Die SPD steht zu ihrem Wort</u> zum 6. Heimkehrer-Deutschlandtreffen in Stuttgart	38
2	<u>Rattenlöcher dicht machen</u> Ein Wort zum Unwesen von Terrororganisationen in der Bundesrepublik	43
3	<u>Skandinavien und das Abrüstungsproblem</u> Die Haltung der nordischen Regierungschefs bei ihren Gesprächen in Moskau Von unserem Korrespondenten in Kopenhagen	46
4	<u>Vertiefung der Deutsch-griechischen Beziehungen</u> Ministerbesuche in Athen und Bonn Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	47

***** Zur Beachtung *****
* Unsere heutige Beilage SELBSTBESTIMMUNG UND EIN- *
* GLIEDERUNG enthält neben einer Darstellung, wie *
* wenig zuverlässig die Unterlagen für die Gestal- *
* tung der 18. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz *
* sind, interessante Notizen zum Schlesiertreffen *
* in Hannover sowie einen Hinweis auf die große *
* volkspolitische Tagung der SPD am 26. Juni 1965 *
* in Bad Godesberg. *

Die SPD steht zu ihrem Wort

Zum 6. Heimkehrer-Deutschlandtreffen in Stuttgart

sp - "Frieden ist, wo Recht geschieht" Unter dieses Motto hat der Verband der Heimkehrer (VdE) sein 6. Deutschlandtreffen gestellt, das vom 17. bis 20. Juni in Stuttgart stattfindet. Das Motto, das die Heimkehrer sich gewählt haben, ist eine Mahnung an die derzeit noch amtierende Regierung und die sie noch tragenden Parteien, endlich jene Schlußnovelle zum Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetz zu schaffen, die im Juni vergangenen Jahres - gegen die Stimmen der SPD - von der Bundestagsmehrheit von CDU/CSU und FDP zu Fall gebracht worden war.

Die Heimkehrer werden sich davon, daß jetzt einzelne Abgeordnete - wenige Monate vor der Bundestagswahl! - die Frage der Kriegsgefangenen-Entschädigung erneut zur Sprache gebracht haben, nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß es im Juni 1964 die weit-aus meisten Koalitionsabgeordneten abgelehnt hatten. 19 Jahre nach Kriegsende einer vernünftigen Abschlußregelung für die ehemaligen Kriegsgefangenen zuzustimmen.

- * Mit 201 gegen 195 Stimmen bei 7 Enthaltungen war damals
- * die völlig unzureichende Regierungsvorlage angenommen und
- * die positiven Vorschläge des Bundestagsausschusses für
- * Kriegspfer- und Heimkehrerfragen sowie der SPD-Fraktion
- * a b g e l e h n t worden. Lediglich 18 CDU/CSU und 17 FDP
- * Abgeordnete hatten damals mit der SPD gestimmt, die die
- * Stimmen aller ihrer anwesenden Abgeordneten geschlossen
- * in die Waagschale geworfen hat.

Laß die Heimkehrer heute immer noch um ihr Recht kämpfen müssen, daß sie in aller Öffentlichkeit unter dem Motto demonstrieren "Frieden ist, wo Recht geschieht", ist auf jene Entscheidung in der 133. Sitzung des Deutschen Bundestages zurückzuführen.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion steht zu ihrem Wort. Sie tritt heute - wie vor einem Jahr - für eine ausreichende Abschlußnovelle zum Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetz ein. Die SPD wird deshalb jene Fraktionen, die eine sinnvolle Lösung vor einem Jahr zum Scheitern brachten, die aber heute den Anschein eines Sinneswandels erwecken, erneut zum Schwur zwingen. Die SPD wird die von der Mehrheit der Koalition - auch vom CDU-Vorsitzenden Adenauer und vom Kanzler Erhard - abgelehnte Vorlage erneut auf die Tagesordnung setzen lassen. Wie damals, im Juni 1964, dürfte die Entscheidung in namentlicher Abstimmung fallen, damit die Heimkehrer selbst erkennen können, wer ihnen Leere Versprechungen macht und wer ihnen zur Seite steht, wenn es um Recht und Gerechtigkeit geht.

Rattenlöcher dicht machen !

Ein Wort zum Unwesen von Terrororganisationen
in der Bundesrepublik

sp - Nachdem der 38-jährige Exilkroate Stanko Kardum gestanden hat, am 8. Juni das Attentat auf den jugoslawischen Konsul Klaric verübt zu haben, können wir die Zurückhaltung aufgeben, die wir bisher in der publizistischen Behandlung dieses Terrorfalles walten ließen.

Man hat in den letzten Tagen mehrfach gesagt und geschrieben, die zuständigen Stellen der Länder und des Bundes sollten endlich dafür sorgen, daß den Organisatoren und Akteuren des politischen Terrors in der Bundesrepublik das Handwerk gelegt wird. Dieser Appell ist berechtigt, er bedarf jedoch einiger Ergänzungen.

Genauso wie seinerzeit nach dem Attentat auf das Gebäude der jugoslawischen Mission in Bad Godesberg hat man auch jetzt nach dem Terroranschlag am Bodensee sofort behördlicherseits erklärt, es handle sich hierbei um Aktionen terroristischer Elemente, "die in der Bundesrepublik ihr Unwesen treiben und das Asylrecht mißbrauchen". Während des langweiligen Prozesses gegen die Terroristen von Godesberg konnte die Staatsanwaltschaft mit einer verhältnismäßig genauen Kenntnis der Lebensumstände, Aktivitäten und politischen Zielsetzungen der einzelnen Mitglieder der Terrororganisationen aufwarten. Dieses Wissen war aber nicht etwa das Ergebnis von Untersuchungen, die erst während des Prozesses angestellt wurden, sondern die konzentrierte Darstellung von zahllosen Polizeiberichten über das Wesen dieser Organisationen. Das heißt mit anderen Worten: Den zuständigen Behörden der Bundesrepublik waren Existenz und politische Betätigung der Terrororganisationen bekannt, noch ehe diese ein Attentat verübten.

Auch nach dem Attentat am Bodensee konnte die Polizei sehr schnell die Täter und ihre Hintermänner ermitteln. Das spricht einerseits für die Qualität der Polizei, läßt andererseits jedoch auch darauf schließen, daß man schon vor dem Attentat den maßgeblichen Personenkreis der Täter ziemlich genau kannte.

Daraus ergeben sich einige Schlußfolgerungen für die Zukunft. Wenn es richtig ist, daß den zuständigen Behörden in Bund und Ländern die Organisationsform und die Aktivitäten ausländischer Terrororganisationen auf dem Gebiet der Bundesrepublik bekannt sind, dann erhebt sich die Frage, warum man die der Polizei bekannten Personen nicht einfach außer Landes verweist. Nach eigenen Angaben der Polizei ist der Kreis der in der Bundesrepublik lebenden Jugoslawen, der mit Terrororganisationen in Verbindung steht, verhältnismäßig klein. Angeblich soll es sich hierbei um höchstens 250 bis 320 Personen handeln, was in Anbetracht der fast an die hunderttausend grenzenden in der Bundesrepublik arbeitenden jugoslawischen Staatsbürger eine verschwindende Minderheit ist. Anstatt darauf zu warten, daß diese Minderheit sich in der Bundesrepublik austobt und ihren Privatkrieg mit politischen Gegnern führt, wäre es vernünftiger, die der Polizei bekannten Rattenlöcher dicht zu machen.

Skandinavien und das Abrüstungsproblem
 Von unserem Korrespondenten in Kopenhagen

Nach seiner Rückkehr aus der Bundesrepublik traf der dänische Regierungschef Jens Otto Krag auf dem Parteitag der dänischen Sozialdemokratie mit dem sozialdemokratischen Regierungschef Norwegens, Einar Gerhardsen zusammen und konnte sich bei dieser Gelegenheit sofort über die Gespräche unterrichten, die Gerhardsen in der vorausgegangenen Woche in Moskau mit dem sowjetischen Regierungschef Kossygin geführt hatte. Zuvor war der finnische Staatspräsident Kekkonen in Moskau, gegenwärtig hält sich Schwedens Regierungschef Tage Erlander dort auf. Krag wird im Oktober in Moskau sein.

Bei all diesen Unterhaltungen der Skandinavier in Moskau hat das Abrüstungsgespräch eine Rolle gespielt oder es wird noch zur Sprache kommen. Man weiß, daß Kossygin stärker noch als Chruschtschow früher auf die Skandinavier einwirkt, um sie für eine rüstungs- und atomwaffenverdünnte Zone in Europa zu gewinnen.

Ministerpräsident Krag hat diese Pläne auch vor der Presse in Kiel, der letzten Station seines Deutschland-Besuches als nicht sehr real bezeichnet. Er ist aber, wie die anderen drei skandinavischen Regierungschefs durchaus der Auffassung, daß die Abrüstungsverhandlungen fortgesetzt werden sollen und vor dem Hintergrund der Pläne etwas Neues entwickelt werden müsse. Es kommt den Skandinaviern vor allem darauf an, daß die Machtbalance in Europa durch die Erfüllung von Abrüstungsplänen nicht verschoben wird.

Immer wieder wird den Skandinaviern in Moskau gesagt, sie sollten sich für ein atomwaffenfreies Nordeuropa, für die Ostsee als "Meer des Friedens", stark machen. Tatsächlich lehnen aber Norwegen und Dänemark seit jener als Nato-Partner die Stationierung und Lagerung von A-Waffen auf ihrem Territorium ab und wollen sich auch nicht aktiv an der MLP beteiligen. Schweden könnte zwar in einem Zeitraum von zwei Jahren die Produktion eigener Atombomben einlaufen lassen. Es wünscht aber nicht, daß der Atomclub vergrößert und eine neue Spannungszone geschaffen wird. Finnland ist aufgrund seiner friedensvertraglichen Bindungen an die Sowjetunion daneben geneigt, ABC-Waffen in Erwägung zu ziehen. Das alles weiß man in Moskau. Es käme also seitens Moskaus, soweit es die atomaren Komplexe angeht, darauf an, nun selbst Entspannungs- und Reduzierungsangebote zu machen.

Der Hinweis der skandinavischen Politiker, die Machtbalance dürfe nicht verschoben werden, wenn ein Abrüstungsplan realisiert wird, erstreckt sich vor allem auf die konventionelle Rüstung. Auch hier richten sich die Wünsche zuerst an die Adresse Moskaus, das ein militärisches Gleichgewicht in Europa durch eine Herabsetzung seiner konventionellen Armeen herstellen müßte. In Skandinavien ist man vielleicht noch stärker als in anderen Teilen der Welt an einer kontrollierten Abrüstung auf der Grundlage des Gleichziehens interessiert. Eine europäische Abrüstung ist aber nach den Vorstellungen der Skandinavier nur denkbar, wenn die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten in gewissem Sinne Vertragspartner der kontrollierten Abrüstung in Europa sind. Es ist jetzt an der Zeit, daß die Sowjetunion in dieser Richtung mit Modifizierungen zum Rapacki- und zum Gomulka-Plan aufwartet.

Vertiefung der deutsch-griechischen Beziehungen

Ministerbesuche in Athen und Bonn

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Bundeswirtschaftsminister Dr. Schmücker wird demnächst nach Athen zu Gesprächen über die weitere Förderung der deutsch-griechischen Wirtschaftsbeziehungen reisen. Seit den gegenseitigen Besuchen der Verteidigungsminister von Hassel und Garoufalias wird dies die erste direkte politische Fühlungnahme zwischen einem Mitglied des Bundeskabinetts und der Regierung Papandreou sein. Bei dieser Gelegenheit wird man u. a. auch die Frage erörtern, in welcher Weise die Auswertung der Kredite in Höhe von 200 Millionen DM griechischerseits erfolgen soll, die Bonn zur Errichtung eines großen thermoelektrischen Werkes bei Megalopolis auf dem Peloponnes gewährt hat. In diesem Zusammenhang soll auch die Frage der Außenhandelsbeziehungen beider Länder besprochen werden. Die Bundesrepublik ist für Griechenland der erste Import- und Exportpartner. Der gegenseitige Güteraustausch ist in den letzten Jahren ständig angewachsen. Im Jahre 1964 hat Athen in erster Linie Agrarprodukte im Gesamtwert von 330 Millionen DM exportiert, während Deutschland hauptsächlich Industriegüter im Gesamtwert von 666 Millionen DM an Griechenland lieferte.

Griechisch-deutsche Bank in Köln

Ein wichtiges Ereignis zur Koordinierung der deutsch-griechischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit bildet die Eröffnung eines Büros der griechischen staatlichen Investitionsbank zur industriellen Entwicklung in Köln. Diese Bank hat die Regierung Papandreou mit Hilfe von Staatskapital gegründet. Ihre Aufgabe wird es sein, in Zusammenarbeit mit den griechischen Industrie- und Koordinationsministerien ausländisches Kapital zur Investition in Griechenland bereitzustellen sowohl für die Verwertung der Agrarprodukte in der Industrie (wie z. B. in Safftereien und Konservenfabriken) als auch zur Entwicklung einzelner Industriezweige. Zusammen mit einem griechischen Mitarbeiterstab wird Dr. Herrmann Reinhardt, Ministerialdirektor a. D. im Bundeswirtschaftsministerium, dieses Kölner Büro der Bank leiten. Die Ernennung einer deutschen Persönlichkeit für diese Aufgabe wurde nicht nur von der griechischen Regierungspresse, sondern auch von Oppositionskreisen begrüßt, besonders deshalb, weil Dr. Reinhardt ein Experte der Struktur und der Problematik der griechischen Wirtschaft ist. Am 14. Juli d. J. werden die Kölner Büroe offiziell eingeweiht werden. Der Besuch des Bundeswirtschaftsministers Dr. Schmücker in Athen wird durch die Erwidierung griechischer Kabinettsmitglieder in Bonn ergänzt werden, so daß die traditionellen Bande der Wirtschaftsbeziehungen beider Länder sowohl innerhalb bilateraler als auch multilateraler wirtschaftlicher Institutionen weiterhin vertieft werden.

3.500 griechische Studenten in der Bundesrepublik

Am 20. Juni wird der griechische Vizeminister für Presse- und Informationswesen, Pavlos Vardinoyiannis, nach Bonn kommen, um an der Eröffnung des jährlichen Kongresses des Verbandes griechischer Studenten in der Bundesrepublik an der Universität Bonn teilzunehmen. Zur Zeit befinden sich an den Hochschulen der Bundesrepublik über 3.500 griechische Studenten; sie bilden die größte Gemeinschaft ausländischer Studenten in Deutschland. Vardinoyiannis, der sehr gut deutsch spricht, weilte schon früher mehrmals in der Bundesrepublik und wird anlässlich seines Besuchs auch mit Regierungsvertretern zusammentreffen.